

Klimapolitische Fragen zur OB-Wahl 2022 in Rostock

Antworten von Michael Ebert, Einzelkandidat, unterstützt durch CDU, FDP und UFR

Frage: Welche konkreten Maßnahmen zur Förderung des Klimaschutzes im Bereich der Stadtverwaltung und der kommunalen Gebäude wollen Sie umsetzen?

Antwort M. Ebert: *Zum einen müssen wir selbst unsere Hausaufgaben machen. Also z. B. etwa die Fahrzeuge der Stadt nach und nach elektrisieren, öffentliche Gebäude dämmen, Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden errichten, die digitale Verwaltung ausbauen, damit Fahrtwege gespart werden können. Zum anderen müssen wir aber als Stadt auch Rahmenbedingungen schaffen, damit klimafreundliches Verhalten für die Menschen leichter wird – also z. B. bessere Angebote für den ÖPNV schaffen, Park & Ride oder bessere Radwege.*

Bei allem wäre ich als Oberbürgermeister aber immer auch auf Rahmenbedingungen angewiesen, die ich nicht allein beeinflussen kann. Wie schnell sich eine Solaranlage auf einem öffentlichen Gebäude rechnet und wie leicht oder schwer wir eine solche Investition tätigen können, hängt von der Höhe der Einspeisevergütung ab, von der Höhe der Zinsen und vielem mehr. Ich glaube, die aktuelle Energiekrise in Folge des russischen Angriffskrieges wird da vieles beschleunigen und zu einfacheren Verfahren beitragen. Aber neben konkreten Maßnahmen in der Stadt ist es deshalb immer auch wichtig, dass ein Oberbürgermeister genau für solche Fragen gegenüber dem Land seine Stimme erhebt. Rostock braucht für alle Ziele – auch und gerade im Klimaschutz – immer auch Andere. Deshalb ist es mir so wichtig, den Dialog und das Miteinander mit allen anderen zu betonen.

Frage: Zur sog. Hafenerweiterung wird demnächst das Raumplanungsverfahren beginnen. Die/der OB`in ist Mitglied der Verbandsversammlung des Planungsverbandes. Wie werden Sie als künftige/r OB` ihre Rolle im Raumordnungsverfahren und darüber hinaus Ihr politisches Gewicht als OB`in nutzen, um sicherzustellen, dass es eine Änderung der Hafenausbaupläne zum Erhalt des einzigartigen Küstenüberflutungsmoores sowie von Warnow-Steilufer und Oldendorfer Tannen kommt?

Antwort M. Ebert: *Der Hafen ist eine der Lebensadern unserer Stadt. Und ich glaube gerade mit Blick auf die energiepolitischen Themen und die Ziele auch der Landesregierung in Richtung Energiehafen: Das wird er bleiben, das muss er bleiben. Ich glaube, dass die Erweiterung dafür notwendig ist. Meine Vorstellung einer modernen – auch einer klimaneutralen - Stadt ist nicht das Konservieren der Vergangenheit. Die Diskussion um die Erweiterung läuft, sie muss transparent geführt werden mit allen Anwohnern, insbesondere der hafennahen Stadtteile. Ich glaube, dass es eine möglichst umwelt- und flächenschonende Erweiterung geben kann und dafür würde ich im Dialog mit allen Akteuren werben. Wichtig*

ist mir auch hier die Abstimmung mit den anderen Mitgliedern der Verbandsversammlung, um so zu schnell umsetzbaren und tragfähigen Ergebnissen zu gelangen.

Frage: Mit welchen Maßnahmen wollen Sie den Rad- und Fußverkehr fördern, ohne dafür Flächen neu zu versiegeln?

Antwort M. Ebert: *Wir fangen ja nicht bei Null an. Wie in so vielen Bereichen, haben wir etwa für den Radverkehr Konzepte, etwa für Rad- und Radschnellwege, auch im „Mobilitätsplan Zukunft“ steckt eine Menge drin. Klar ist, dass wir in den letzten 2-3 Jahren einen riesigen Schub bekommen haben, was den Radverkehr angeht. Nur mal so zur Einordnung: Das hat natürlich auch was mit E-Bikes zu tun, die das Radfahren leichter machen – an anderer Stelle entsteht dabei aber auch im Gegensatz zum klassischen Rad neuer Energiebedarf. Wir müssen aber – bei allen Plänen, die es gibt – ins Machen kommen. Ich will ganz ehrlich sagen: Mir geht es immer um ein Miteinander. Wir werden auch weiter PKW-Verkehr haben, wir haben Lieferverkehre, die werden im Zeitalter des Online-Shoppings auch nicht weniger. Insofern geht es nie nur um Rad- oder Fußverkehr, sondern immer um Mobilität insgesamt. Und da werden wir z. B., wenn wir gute Park & Ride-Parkplätze schaffen, vielleicht auch irgendwo neue Flächen versiegeln. Aber in der Gesamtbilanz hilft uns das dann trotzdem weiter. Ein fahrradspezifischer Punkt ist die zügige Umsetzung des Radschnellwegs. Der Grad der Realisierung ist hier vollkommen inakzeptabel.*

Frage: Die Hansestadt Rostock gehört zum Kreis von bundesweit 50 Modellkommunen, die sich zum Ziel gesetzt haben, Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) stärker in der lokalen Bildungslandschaft zu verankern. Inwieweit spielt BNE für Sie eine Rolle und wird das Thema auch strukturell und ressortübergreifend Einzug in die kommunale Verwaltung halten? Welche Notwendigkeit und Möglichkeiten sehen Sie, Klima- und Umweltthemen in den schulischen und außerschulischen Lernorten zu stärken? Setzen Sie sich für eine Koordinationsstelle Umweltbildung in der Stadtverwaltung und einen kommunalen Zuschuss für schulische und außerschulische Umweltbildung ein?

Antwort M. Ebert: *Ich mache nachhaltige Bildung nicht in erster Linie an einer Struktur oder Stellen fest. Gerade in der Bildung geht es immer um Vorbild und Sichtbarkeit. Ein Oberbürgermeister, der viel läuft oder mit dem Rad fährt, hilft schon einmal, ein Thema sichtbarer zu machen. Aber vor allem möchte ich die Menschen ermuntern und mit ihnen im Dialog sein, die sich für diese Themen einsetzen. Ich möchte ein Oberbürgermeister sein, der nicht selbst allein erklärt, was wichtig ist, sondern der – wenn Sie so wollen – für andere eine Plattform sein kann. Gerade für Schülerinnen und Schüler können wir Themen über Wettbewerbe darstellen, die zu bestimmten Dingen ermuntern, die die Sichtbarkeit erhöhen.*

Frage: Soll Ihrer Meinung nach in der Rostocker Schulverpflegung ein höherer Anteil an klima- und umweltfreundlich produzierten Bio-Zutaten als 20 % festgelegt werden?

Antwort M. Ebert: *Ich bin da ganz ehrlich: Ja, das ist wünschenswert. Aber wir müssen auch sehen, dass wir durch die aktuelle Inflation noch nicht wirklich wissen, was im Bereich Schulessen und bei Kosten allgemein auf uns zukommen wird. Ich halte es zumindest für denkbar, dass wir in den kommenden Monaten so hart ins Rechnen kommen werden, dass die Frage der Bio-Quote nicht das wichtigste sein wird. Aber ich bin auch von Grunde auf ein positiver und optimistischer Mensch. Insofern werden auch wieder andere Zeiten kommen. Und da sage ich: eine höhere Quote wird kommen, schon allein, weil die Nachfrage danach bei Eltern und Kindern es erfordern wird.*

Frage: Mit ihren ausgedehnten Mooren und Wäldern hat die Hansestadt Rostock eine herausragende Verantwortung für den Biodiversitäts- und Klimaschutz, also für die größte Herausforderung der heutigen Zeit. Die sich daraus ergebenden Aufgaben sind zu großen Teilen an das Stadtforstamt delegiert. Diese Behörde tritt einerseits als Wald- und Flächenbewirtschafter, als Vertreter des Flächeneigentümers und auch als Projektträger z.B. für touristische Vorhaben auf. Andererseits ist sie als Naturschutzbehörde die Genehmigungs- und Kontrollbehörde für die eigenen Vorhaben. Dies hat zu einem strukturellen Interessenkonflikt geführt. Wie soll dieser rechtstaatlich bedenkliche Zustand zur Wiederherstellung demokratischer Verwaltungsstrukturen und zur Sicherung rechtskonformen und transparenten Verwaltungshandelns korrigiert werden?

Antwort M. Ebert: *Ich sehe diesen Konflikt nicht so, wie Sie ihn beschreiben. Es ist doch nicht so, dass wir jetzt einen quasi-undemokratischen Zustand in der Verwaltung hätten. Interessenkonflikte, Zielkonflikte gibt es immer – das kennt jeder aus seinem privaten Leben, aus dem beruflichen Umfeld und natürlich gibt es sie auch in einer Stadt und in einer Verwaltung. Und ich bin überzeugt, dass all diese Konflikte nicht aufgelöst werden, wenn wir ein unversöhnliches Gegeneinander konstruieren. Es wird auch in Zukunft touristische Vorhaben geben und es wird die Notwendigkeit geben, Wälder und Moore zu schützen.*

Frage: Die Errichtung neuer Einfamilienhäuser steht im Widerspruch zu mehreren Nachhaltigkeitszielen, z.B. Klimaschutz, Verkehrswende, Bodenschutz u.a.. Aus diesen Gründen fordert die Bürgerschaft seit Jahren einen flächensparenden Umgang mit den knappen Flächen in unserer Stadt. Neue Wohngebiete sollen so errichtet werden, dass kommunale Infrastruktur effizient genutzt wird und Folgekosten für unsere Kommune minimiert werden. Gleichzeitig gibt es seit Jahren in Stadtpolitik und Verwaltung den Wunsch, neue Wohngebiete für EFH auszuweisen. Dies geschieht mit der Begründung, ansonsten Steuergelder in das Umland zu verlieren. Welche Position beziehen Sie in diesem Thema bzw. Konflikt? Wollen Sie den Anteil von bisher etwa 11 % Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern vergrößern oder reduzieren?

Antwort M. Ebert: *Das größte Problem in Rostock liegt in der Umsetzung. Denn obgleich hinreichend Flächen für den Wohnungsbau vorhanden sind, stehen wir uns mit fehlenden und schleppend verlaufenden B-Planverfahren selbst im Weg. Der Wunsch der Menschen nach einem Einfamilienhaus wird immer Realisierung finden. Wenn nicht in Rostock dann außerhalb. Deshalb bleibt es wichtig, bereits für Wohnungsbau vorgesehene Flächen auch für Einfamilienhäuser bereitzustellen. Es ist immer eine Abwägung, die sich an den Interessen der Rostockerinnen und Rostockern orientieren muss.*

Frage: Kopenhagen wandelt jedes Jahr 2 % der öffentlichen, innerstädtischen Parkplatzflächen in Aufenthaltsräume für Menschen um. Diesem Beispiel folgen auch Städte wie z.B. Leipzig. Ist das auch für Sie eine Möglichkeit Rostock neu und lebenswerter zu gestalten?

Antwort M. Ebert: *Ein Mehr an Aufenthaltsqualität halte ich für unterstützenswert, eine bestimmte Zielmarke ist dafür vielleicht auch richtig. Ob genau 2% richtig sind, da müsste man intensiver nachdenken. Aber ich würde es nicht an Ersatz für Parkplatzflächen festmachen. Denn auch hier gilt: Aufenthaltsqualität steigt nicht einfach dadurch, dass ich das Autofahren erschwere. Wenn wir z. B. über Park & Ride reden, dann brauchen wir auch Parkflächen, aber die stehen der Aufenthaltsqualität an anderer Stelle nicht im Wege. Ich glaube nicht, dass die Lebensqualität per se steigt, wenn wir das Auto verdammen. Verkehr wird sich in den nächsten 10 Jahren verändern, wahrscheinlich sogar dramatisch. Aber das Auto wird nicht aus unserem Leben verschwinden. Wir müssen dafür sorgen, dass die Alternativen leichter werden, dass sie komfortabel sind.*

Frage: Der Bereich Klimaschutz in der Stadtverwaltung Rostock ist stark unterbesetzt. Zum Vergleich: in Kiel gibt es 11 Stellen im Bereich Klimaschutz. Werden Sie sich für eine personelle Stärkung der Klimaschutzleitstelle einsetzen?

Antwort M. Ebert: *Ich glaube, dass Klimaschutz dann am besten gelingen kann, wenn wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen Bereichen dafür sensibilisieren und auch weiterbilden. Ich glaube übrigens, dass es dazu eine ganz große Bereitschaft gibt. Denn die Tragweite von Klimawandel und notwendiger Anpassung unserer Entscheidungen ist immer mehr Menschen bewusst, auch in der Verwaltung. Aber es darf nicht um ein gegeneinander*

aufrechnen gehen. Wichtig ist doch, dass den Kolleginnen und Kollegen im Bauamt, im Mobilitätsamt bis hin zu den Grünanlagen alle wissen, welchen Beitrag sie leisten können, wo Anpassungen richtig und wichtig sind.

Frage: In keinem Sektor kann die Stadt Rostock so viel Treibhausgas-Emissionen einsparen, wie bei der Fernwärmeversorgung. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Wärmeplan umgesetzt wird und Rostock so bis 2035 unabhängig von fossilen Energieträgern wird?

Antwort M. Ebert: *Im gesamten Energiebereich erleben wir im Moment dramatische Wochen und Monate. Die Sorgen der Menschen – gerade im Osten mit niedrigeren Löhnen und vor allem niedrigeren Vermögen – sind mit den Händen zu greifen. Und dabei sehen wir, dass z. B. bei der Verstromung Kohlestrom wieder hochgefahren wird. Gleichzeitig werden wir einen immensen Schub bei Erneuerbaren Energien erleben, in ganz Europa sehen wir das schon in diesem Jahr. Der Weg in Richtung klimaneutrale Energien ist eingeschlagen, er wird nicht von Rostock allein bestritten werden können. Wenn die Ziele von Bund und Land in Richtung Wasserstoff-Projekte gerade hier in Rostock aufgehen, haben wir glaube ich einmalige Chancen, auch bei unserer Fernwärmeproduktion klimaneutral zu werden. Aber es geht hier um 800 Gigawattstunden, also 800 Millionen Kilowattstunden. Ohne Wasserstoff oder irgendeine andere Form der Speicherung wird das schwer. Deshalb gilt auch hier: Für die Rahmenbedingungen für all diese Ziele braucht es einen Schulterchluss aller. Forschungsanreize, Investitionsanreize, günstige Investitionsbedingungen, Abschreibungsmöglichkeiten, Aktivierung von privatem Kapital und vieles mehr. Nicht alles davon werden wir aus Rostock heraus lösen können. Aber ein Oberbürgermeister, der diese Themen ohne Scheu gegenüber Land und Bund und im Schulterchluss mit dem Umland und anderen Kommunen anspricht, kann dabei etwas für Rostock bewirken.*